

**Protokoll:**

Rm Balmes (CDU) führt aus, die CDU-Fraktion habe diesen Antrag gestellt, um mit einem Ratsbeschluss heute hier sicherzustellen, dass das Max-von-Schenckendorf-Denkmal an seinem bisherigen Platz wieder errichtet werde. Das Denkmal habe von seinem jetzigen Platz vor dem alten Regierungsgebäude vorübergehend entfernt werden müssen, weil dieses genau im Bereich der BUGA-Arbeiten gestanden habe. Dem Vernehmen nach solle das Schenckendorf-Denkmal in der Zukunft einen anderen Platz erhalten. Genau dem wolle man mit diesem Ratsantrag entgegenwirken. Es gebe gute Gründe, warum das Max-von-Schenckendorf-Denkmal an dem Platz, an dem es sich jetzt seit 1960 befinde, aufgestellt worden sei. Es habe nach seiner Erschaffung in der Zeit von 1861 bis heute mehr als 5 Umsetzungen in diesem Bereich erzielt. Das wolle man verhindern. Das Schenckendorf-Denkmal sei errichtet worden vor dem alten Regierungsgebäude und sollte seinen Standort auch vor dem jetzigen Regierungsgebäude haben, da Max von Schenckendorf Regierungsrat der preußischen Regierung gewesen sei und seinen Dienst dort geleistet habe. Das Denkmal sollte allerdings auch nicht zu weit vom Kaiserdenkmal am Deutschen Eck entfernt sein, weil die dortige Inschrift „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn einig ihr seit und treu“ ebenfalls von Max von Schenckendorf stamme und hier besondere Verbindungen bestanden. Aber auch die Nähe zum Görresdenkmal sollte gewahrt sein, weil Max von Schenckendorf mit Josef Görres eng befreundet gewesen sei und darüber hinaus bei ihm in Untermiete in der Schlossstraße Nr. 7 gewohnt habe. Der Standort am Rheinufer verbinde Max von Schenckendorf mit seinen Gedichten des Rheins. Insofern sollte auch die Nähe zum Rhein gewahrt sein. Für die Wahl des bisherigen Standortes habe auch gesprochen, dass das Denkmal jederzeit von den Besuchern gut wahrgenommen werden könne. Dies werde im Übrigen auch im Internet national und international präsentiert. Zudem sei es in diesem Bereich vor dem Regierungsgebäude auf Grund der Ausleuchtung vor Vandalismus weitestgehend geschützt. Abschließend bitte er den Oberbürgermeister und die Mitglieder des Rates um entsprechende Unterstützung des Antrages und bitte mit dem Ratsbeschluss die Verwaltung zu beauftragen, sicher zu stellen, dass die Aufstellung des Denkmals am bisherigen Ort vor dem alten Regierungsgebäude am Konrad-Adenauer-Ufer unmittelbar nach Abschluss der BUGA-Arbeiten wieder erfolge.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0014/2010) vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erfolgt mit Zustimmung des Antragstellers die Verweisung in den Fachbereichsausschuss IV.